JUNGE FREIHEIT
Nr. 15/21 | 9. April 2021

Gemeinsame Fraktion mit Migrantenpartei

FRANKFURT/MAIN. Die Abgeordneten der Bürger für Frankfurt (BFF) in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung haben sich mit dem Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Die BFF hatten bei der hessischen Kommunalwahl am 14. März zwei Mandate erzielt und dadurch ihren Fraktionsstatus verloren. Für die Migrantenpartei BIG erlangte der Vorsitzende Haluk Yildiz ein Mandat im Frankfurter Römer. Drei Mandate sind nötig, um den Fraktionsstatus zu erhalten. Die Zusammenarbeit beruhe auf „gemeinsamen Werten“, teilten die BFF mit. Die Wählervereinigung hatte sich in der Vergangenheit islam- und einwanderungskritisch geäußert. Das BIG beschreibt sich als „einzige multikulturelle Partei“. Sie gilt als der Partei des türkischen Präsidenten Erdoğan nahestehend. Der BFF-Vorsitzende Matthias Mund nennt die Vorwürfe gegenüber der JUNGEN FREIHEIT haltlos. Das sei ein Stempel, den BIG seitens der Medien aufgedrückt bekomme. „Das ist keine Islam-, Erdoğan- oder Türkenpartei.“ Zwischen den BFF und dem BIG gebe es zudem „viele Schnittmengen“. Gemeinsamkeiten seien zum Beispiel die Wertschätzung der Familie und der älteren Generationen sowie die Ablehnung des Gender-Mainstreamings. Möglich sei das Bündnis, „weil wir ideologiefrei sind“. Das Vielfaltskonzept lehnten die BFF insoweit ab, als daß es Parallelgesellschaften befördere. „Wir wollen ein Miteinander, kein Nebeneinander.“ Das langjährige BFF-Mitglied Patrick Schenk bewertet den Zusammenschluß gegenüber der JF als pragmatische Angelegenheit. Es sei ein „rein auf Finanzen ausgerichtetes Zweckbündnis“, sagte Schenk, der inzwischen Vorsitzender der AfD-Fraktion im Römer ist. Nach Berechnungen der *FAZ* stehen BIG und BFF als Fraktion 200.000 Euro im Jahr zu. (hr)

Stuttgart: Kein Anlaß für Querdenker-Demoverbot

STUTTGART. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU) hat seine Entscheidung verteidigt, die „Querdenken“-Demonstration am vergangenen Wochenende zu genehmigen. „Die Stadt hätte die Versammlung nicht verbieten dürfen.“ Es habe „auf der Grundlage der Anmeldungen überhaupt keinen rechtlich begründbaren Ansatz“ gegeben, „ein Versammlungsverbot auszusprechen“, sagte er am Dienstag der *Stuttgarter Zeitung* und reagierte damit auf Kritik aus der Politik. Am Karsamstag hatten sich in Stuttgart rund 15.000 Menschen versammelt, um gegen die Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern zu demonstrieren. An die Maskenpflicht und Mindestabstände hielten sich laut Medienberichten nur wenige. „Wir sind keine Anti-Corona-Demonstration, sondern wir demonstrieren für unsere Grundrechte, das Recht auf Versammlungsfreiheit, auf Berufsfreiheit und das Recht auf Bildung“, erklärte „Querdenken“-Sprecher Michael Ballweg. (ha)

„Man kann nicht Everybody’s Darling sein“

AfD: Der anstehende Parteitag droht von Personalquerelen überlagert zu werden – wie bewertet Bundessprecher Jörg Meuthen die Situation?

Eigentlich steht beim Bundesparteitag der AfD an diesem Wochenende das Wahlprogramm für den Urnengang im September im Vordergrund. Eigentlich. Doch es ist nicht unwahrscheinlich, daß in Dresden wieder Personal- und damit auch Machtfragen in den Fokus rücken werden.

Der rund 70 Seiten lange Leitantrag der Bundesprogrammkommission liefert in erster Linie AfD-Klassiker: Volksabstimmungen auf Bundesebene werden genauso gefordert wie der Ausstieg aus dem Euro. Dazu eine restriktivere Einwanderungspolitik, die Begrenzung von Amts- und Mandatszeiten für Politiker; die Rückkehr zur Wehrpflicht, zu Magister und Diplom sowie zu einer nationalen Landwirtschaftspolitik. Auch das beim vorherigen Parteitag in Kalkar beschlossene Rentenkonzept fand Eingang ins Programm für die Bundestagswahl.

Gut 170 Änderungsanträge stehen auf der Tagesordnung. Weit kontroverser könnte sich jedoch die Debatte um die Spitzenkandidaten entwickeln. Die Mitgliederbefragung ergab eine Mehrheit für die Basisentscheidung (JF 14/21); dennoch stehen mehrere Anträge auf der Tagesordnung, die Frage auf dem Parteitag zu klären. Ob – oder nicht, und wenn doch, wer …? Darüber dürfte recht kontrovers debattiert werden.

Heftig könnte es auch beim Antrag auf Abwahl von Bundessprecher Jörg Meuthen zugehen, selbst wenn Beobachter die dafür notwendige Mehrheit von zwei Dritteln der Delegierten für nicht sehr wahrscheinlich halten – und selbst erklärte Meuthen-Gegner dieses Thema nicht vor der Bundestagswahl auf die Agenda setzen wollen. Erfahrungsgemäß werden die Schlangen an den Saalmikrofonen dennoch nicht sehr kurz sein.

FOTO: OKSIX – STOCK.ADOBE.COM

Streit im Sandkasten: Wer wird Spitzenkandidat für die Bundestagswahl?

„Heillose Zerstrittenheit ist konstruiert“

Herr Meuthen, dieses Wochenende will die AfD ihr Programm für die anstehende Bundestagswahl beschließen. Doch auch jetzt wird wieder alles überlagert von Personalquerelen: Mitglieder drohen mit einem Abwahlantrag gegen Sie, der Bundesvorstand ist uneins über die Frage der Spitzenkandidaten. Nicht die besten Voraussetzungen, in den Wahlkampf zu ziehen, oder?

Meuthen: Bekanntermaßen wird auch in anderen Parteien die Frage nach dem oder den geeigneten Spitzenkandidaten gestellt. Das ist überall ein völlig normaler Vorgang. Nur bei uns konstruiert man daraus wieder einmal das bemühte Bild einer vorgeblich heillosen Zerstrittenheit, in der durchschaubaren Absicht, damit unsere Wählbarkeit zu diskreditieren. Ich selbst sehe das gelassen. Sie werden sehen, daß wir als Partei geeint und entschlossen in den Wahlkampf ziehen werden.

Was spricht eigentlich Ihrer Meinung nach dagegen, in Dresden zu entscheiden: die AfD schickt einen ihrer Bundessprecher und die derzeitige Fraktionsvorsitzende als Spitzenteam ins Rennen?

Meuthen: Gegen eine Entscheidung dieser Frage in Dresden auf dem Bundesparteitag spricht zunächst einmal, daß sich unsere Mitglieder in einer Umfrage kürzlich mit sehr klarer Mehrheit für eine Entscheidung durch die Mitglieder selbst ausgesprochen haben. Das ist zwar nicht bindend für den Parteitag, aber ich hielte es für ein falsches Signal, dieses klare Votum unserer Mitglieder zu mißachten. Wenn wir wieder mit einem Spitzenkandidatenduo ins Rennen gehen sollten, bin ich der Meinung, daß die beiden Kandidaten im Interesse der Gesamtpartei so zusammengesetzt sein sollten, daß sie idealerweise die verschiedenen Strömungen in der Partei abbilden und damit wirklich alle mitnehmen. Das sehe ich selbst bei der von Ihnen angesprochenen Zusammensetzung eher nicht gegeben. Ich persönlich präferiere deshalb eine andere Kombination.

An der Befragung, in der sich eine Mehrheit für den Basisentscheid aussprach, hat sich weniger als ein Viertel aller AfD-Mitglieder beteiligt. So sehr scheint das Thema also die Partei nicht zu bewegen …

Meuthen: Das ist ein ganz normaler Wert für solche Umfragen.

Ketzerische Frage: Brauchen Sie überhaupt Spitzenkandidaten? Alexander Gauland meinte einmal, die AfD werde nicht wegen Personen, sondern wegen drei Buchstaben gewählt.

Meuthen: Es wäre töricht, auf Spitzenkandidaten ganz zu verzichten. Wir haben eine wie ich finde hervorragende Wahlkampagne, die wir in Kürze der Öffentlichkeit vorstellen werden. Kampagnen brauchen aber auch Gesichter, die sie vertreten. Natürlich haben wir in unseren Reihen viele gute Köpfe, die die Kampagne vertreten könnten. Doch die Menschen nehmen zu viele verschiedene Gesichter kaum wahr. Darum ist es so wichtig wie richtig, ein oder zwei Spitzenkandidaten als Gesichter der Kampagne nach vorne zu stellen. Ich bin mir auch sicher, daß darüber in unserer Partei Einigkeit besteht.

Die Grünen haben ein Wahlprogramm, in dem faktisch ein Umbau unserer Gesellschaft geplant wird. Doch mit ihrer fluffigen Parteiführung können sie bis weit hinein in bürgerliche Kreise punkten und sich als Regierungspartei verkaufen. Bei der AfD das genaue Gegenteil: ein staatstragendes Programm, aber die Partei gilt als Paria. Fällt Ihnen die Paradoxie auf, was läuft da falsch?

Meuthen: Die Menschen neigen dazu, Wahlprogramme der Parteien nicht zu lesen, was bedauerlich ist. Im Falle des Wahlprogramms der sogenannten „Grünen“ kann, ja muß man den Menschen allerdings dringend anraten, hier einmal eine Ausnahme zu machen und das eingehend zu studieren. Wer danach immer noch erwägt, diese Partei zu wählen, dem ist nicht mehr zu helfen. Die Grünen sind hinter ihrer freundlichen Fassade eine Partei brachial sozialistischer Umerziehung des Volkes, die uns mit wahren Verbotsorgien überziehen wollen. Nur Feinde der Freiheit und unseres Landes, wie wir es aus guten Zeiten kennen, können eine solche Partei wählen. Sollten die in Regierungsverantwortung kommen, würde sich der unter Merkel eingeleitete schlimme Niedergang unseres Landes nochmals beschleunigen. Wir müssen und wir werden im Wahlkampf unmißverständlich klarmachen: Wir stehen für Freiheit und Wohlstand, die anderen, mit den Grünen vorneweg, für einen Weg in Sozialismus, Enteignung, massive Unfreiheit und ökonomischen Niedergang.

Der Unmut über die Lockdown-Politik, unter der vor allem der gewerbliche Mittelstand und Familien ächzen, kommt offenbar nun vor allem der FDP zugute. Überläßt die AfD der Konkurrenz da zuviel Raum?

Meuthen: Das liegt vor allem daran, daß der FDP gerade derzeit in den Medien deutlich mehr Raum gegeben wird als unserer Partei. FDP-Parteichef Lindner allein bekommt massiv mehr Platz eingeräumt als alle Vertreter unserer Partei zusammengenommen. Wann immer ich selbst die Gelegenheit erhalte, unsere Kritik an der unverhältnismäßigen und plumpen Lockdown-Politik der Regierung anzubringen, nehme ich diese wahr, und bekomme sehr viel Zustimmung dafür. Noch wird der FDP wie auch den anderen Parteien einfach mehr Raum gegeben, sich dazu inhaltlich zu positionieren, als wir ihn erhalten. Auch das muß und wird sich im Wahlkampf ändern, und wir werden diese Gelegenheit nutzen.

Innerparteiliche Kritiker halten Ihnen vor, mit der Wutrede von Kalkar hätten Sie potentielle Wähler aus den Reihen der „Querdenker“ verprellt. Was entgegnen Sie darauf?

Meuthen: Ich habe in meiner Rede in Kalkar bewußt sehr differenzierte Positionen vertreten, zur Bewegung der „Querdenker“ ebenso wie zu anderen Themen auch. Davon kann sich jeder leicht ein Bild machen, indem er sich das noch einmal neutral anschaut. Meine innerparteilichen Kritiker haben meine Rede, sei dies bewußt oder unbewußt geschehen, extrem einseitig aufgenommen und interpretiert. Entsprechend kraß fällt ihre Kritik aus. Das ist zwar nicht schön, aber damit muß und kann ich auch leben. Man kann nicht Everybody´s Darling sein. Das ist auch kein erstrebenswertes Ziel.

Mit Blick auf die Verluste bei den Landtagswahlen meinen nicht wenige Ihrer Parteifreunde, die AfD müsse sich nun verstärkt um das „prekäre Milieu“, um die Nichtwähler bemühen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Meuthen: Diese Einschätzung beruht auf zwei in dieser Zuspitzung nicht zutreffenden Annahmen. Erstens auf der, wir hätten fast ausnahmslos Stimmen in den Bereich der Nichtwähler verloren. Das ist falsch. Wir haben leider Stimmen in alle Richtungen und an alle verloren. In Baden-Württemberg zum Beispiel etwa ebenso viele an CDU und FDP wie in den Nichtwählerbereich, in Rheinland-Pfalz auch viele Stimmen an die Freien Wähler. Es ist also eine falsche Annahme, zu glauben, wir müßten nun nur die Nichtwähler zurückgewinnen, und alles sei damit gut und geheilt. So einfach ist das nicht. Zweitens ist es ein Irrtum, zu glauben, alle oder jedenfalls fast alle Nichtwähler gehörten dem prekären Milieu an. Auch das stimmt keinesfalls. Wer also nun meint, wir müßten uns als Schlußfolgerung aus diesen Wahlen in besonderem Maße dem prekären Milieu zuwenden und würden dafür dann mit grandiosen künftigen Wahlerfolgen belohnt, der ist auf dem Holzweg und macht es sich entschieden zu einfach.

CHRISTIAN VOLLRADT

Jörg Meuthen ist seit Juli 2015 einer von zwei Bundessprechern der AfD. Im November 2019 wurde er zuletzt auf dem Bundesparteitag im Amt bestätigt.

Parteien, Verbände, Personen

CDU Berlin
Der Berliner CDU-Politiker **Niels Korte** hat seine Kandidatur für den Bundestag im Wahlkreis Treptow-Köpenick zurückgezogen. Laut der *Welt* soll Korte an Geschäften mit Schutzmasken Geld verdient und dafür Gesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU) um Unterstützung gebeten haben. Korte wies die Vorwürfe auf Facebook als „unwahr“ zurück. Tatsächlich sei er an einem Unternehmen beteiligt, das im April 2020 Masken an die Bundesregierung geliefert habe. Dabei seien seine politischen Kontakte jedoch nicht zum Tragen gekommen. Kandidatur und Listenplatz gab er eigenen Angaben zufolge auf, um „Schaden von meiner Partei abzuwenden“.
▶ www.cdu.berlin

FOTO: WIKIMEDIA COMMONS

Özdemir

Cem Özdemir
Der sächsische AfD-Vorsitzende **Jörg Urban** hat sich nach falschen Anschuldigungen durch den Grünen-Bundestagsabgeordneten **Cem Özdemir** gegen diesen durchgesetzt. Özdemir verpflichtete sich in einer Unterlassungserklärung, nicht mehr zu behaupten, daß Urban während einer „Querdenken“-Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 13. März in Dresden als Redner aufgetreten sei. Das hatte Özdemir in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ am 17. März gesagt. Der TV-Sender muß eine Richtigstellung in seiner Mediathek vornehmen.
▶ www.oezdemir.de

SPD Hamburg
Der Hamburger SPD-Politiker **Yannik Regh** hat seine Kandidatur für den Bundestag zurückgezogen und sein Bezirks-Mandat niedergelegt. Der 29jährige hatte bei einer parteiinternen digitalen Delegiertenwahl in Hamburg-Hamm von vier Parteimitgliedern die Zugangsdaten erbeten, um in seinem Interesse abzustimmen. Die acht dort zu bestimmenden Delegierten sollten später einen Bundestagskandidaten wählen. Einer der Angesprochenen meldete den Betrugsversuch jedoch an den Chef des Kreisverbands Mitte, **Hans-Jörg Schmidt**.
▶ www.spd-hamburg.de

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an: redaktion@jungefreiheit.de

Ländersache: Sachsen

Zum Schießen

PAUL LEONHARD

An der Polizeifachhochschule wurden Prüfungsfragen vorab verteilt, in Leipzig Fahrräder aus der Asservatenkammer dutzendweise heimlich unter Kollegen verkauft, und jetzt gerät auch noch ein Mobiles Einsatzkommando des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen ins Visier der Staatsanwaltschaft: Für 7.000 Schuß beiseite geschaffter Munition sollen sich die Elitepolizisten Schießzeit für ein privates Training in Güstrow verschafft haben.

Beschuldigt werden 17 Beamte der Spezialeinheit, darunter deren Leiter und drei Schießtrainer. Es geht um Diebstahl und Beihilfe zum Diebstahl, Verstöße gegen das Waffengesetz und Bestechlichkeit. Und es werden Verbindungen zur rechtsextremen Szene vermutet. Diensträume und die Wohnungen von vier Hauptbeschuldigten wurden bereits durchsucht. Derzeit würden elektronische Beweismittel wie die Handys der Beschuldigten ausgewertet, teilt eine Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft mit. Pikant an dem Vorfall ist, daß die Polizisten, die im November 2018 zu einer Fortbildung in Mecklenburg-Vorpommern weilten, das Schießtraining bei ihrem Vorgesetzten beantragt hatten, der Wunsch aber von diesem als zu teuer abgelehnt worden war. Offensichtlich entschlossen sich die Elitepolizisten daher, ihre Weiterbildung privat zu organisieren und die Kosten mit gestohlener Dienstmunition im Wert von 5.000 Euro zu begleichen.

Wie 7.000 Patronen für Maschinenpistolen einfach verschwinden können, ist kein Rätsel. Die Einsatzkommandos verfügen über eigene Waffenkammern. Vermutlich waren die Polizisten, die die Munition beiseite brachten, gleichzeitig für die regelmäßige Kontrolle des Bestandes zuständig und deklarierten die Munition einfach als verschossen, sagte LKA-Chef Petric Kleine.

Brisant ist dabei noch etwas anderes: Betreiber des Güstrower Schießplatzes ist die Firma „Baltic Shooters“ von Frank T., einem zeitweiligen Mitglied des rechtsradikalen Netzwerkes „Nordkreuz“, in dem sich Extremisten auf den „Tag X“ vorbereiten. Erst als dieser ins Fadenkreuz norddeutscher Ermittler geriet, wurde im September 2020 das illegale Munitionsgeschäft der sächsischen Kollegen bekannt. Über einen privaten Waffenkauf bei T., der seit Jahren Spezialkräften der Bundeswehr, des Zolls und der Polizei das richtige Schießen beibringt, stolperte auch der CDU-Politiker Lorenz Caffier, der im Herbst 2020 deswegen als Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns zurücktrat. Caffier war jahrelang Schirmherr eines Workshops für Spezialkräfte auf dem Güstrower Schießstand gewesen.

Sie habe den Eindruck, daß sich „gleich eine ganze schwerbewaffnete Spezialeinheit verselbständigt hat“, meinte Kerstin Köditz, Innenexpertin der Linken im Sächsischen Landtag. Eine Kontrolle innerhalb des LKA habe es entweder nicht gegeben oder sie habe vollständig versagt. Der ohnehin seit Monaten unter Dauerbeschuß stehende sächsische Innenminister Roland Wöller (CDU) bescheinigt den beschuldigten Beamten „ein unfaßbares Maß an krimineller Energie“. Kurzerhand ließ er vier Polizisten suspendieren, 13 weitere strafversetzten und das betroffene Mobile Einsatzkommando auflösen, da „polizeiliche Standards auf das Schwerste verletzt“ worden seien. Immerhin verbleiben ihm vorerst drei weitere Spezialeinheiten.